

Ansprache anlässlich des traditionellen Neujahrsapéros der FDP Winterthur, 8. Januar 2011

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Hans Hollenstein, sehr geehrte Vertreter des Regierungsrates Ursula Gut und Thomas Heiniger

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin Ursula Bründler

Sehr geehrte Mitglieder des Kantonsrates, Stadt- und Gemeinderates

Sehr geehrter Herr Prof. Lütolf

Verehrte Gäste und FDP Mitglieder

Im Namen der FDP möchte ich Sie ganz herzlich begrüßen und mich für das grosse Interesse bedanken. Die grosse Beteiligung zeigt einmal mehr, dass es der Apéro der FDP Winterthur längst in die Liga der regionalen Grossanlässe geschaffen hat, vergleichbar mit dem Apéro der AXA-Winterthur Versicherungen, dem Haldengut – Apéro und anderen Trendanlässen. Dies vor allem dank Ihnen. Ich wünsche Ihnen im neuen Jahr alles Gute und viele Erfolge, wo auch immer.

Der Anlass ist aber auch eine Gelegenheit für einen Rückblick und einen Ausblick. Die FDP hat Erfolge erzielt – z.B. in den Stadtratswahlen. Der Erfolg ist aber auch ausgeblieben - z.B. in den Gemeinderatswahlen. Erfolge haben wir erzielt in Sachvorlagen. Wichtige Meilensteine für Winterthur haben wir in Zürich in zwei konkreten Geschäften passiert.

1. Die 4. Teilergänzung S-Bahn. Hier gab es in der Schlussabstimmung gewichtige Gegenstimmen. Dank der FDP werden Sie künftig im Zug nach Zürich weniger stehen müssen.

2. Das Finanzausgleichsgesetz, auf das ich dann nochmals zu sprechen komme. Das wird neben den Kantons- und den Nationalratswahlen für die FDP Winterthur und die ganze Stadt *die* grosse Herausforderung für 2011.

Erfolge sind aber auch in der städtischen Politik feststellbar, wenn ich das Engagement und die Vorstösse der Fraktion oder die Arbeit unserer Stadtratsmitglieder beobachte. Es gab 2010 aber auch Vorlagen, da konnten wir uns nicht durchsetzen. Ich denke dabei an den BVG Mindestumwandlungssatz (eidg. VA). Es gäbe noch andere Beispiele.

Wenn ich auf das letzte Jahr oder die letzten Jahre blicke, stelle ich mehrere Trends fest:

- Funktionierende, wichtige Institutionen werden zunehmend zum Angriffsziel von Heckenschützen aller Art. Die Armee muss ich schon gar nicht mehr speziell erwähnen. Sie ist unter Dauerbeschuss. Aber auch die Versenkung der AHV-Revision in Bundesbern in der Herbstsession zeugt nicht von strategischem Weitblick. Eine sinnvolle Revision dieses wichtigen Sozialwerkes wird verunmöglicht.
- Die Tendenz zur Bürokratisierung. Diese ist so gross geworden, dass die FDP des Kantons Zürich mittlerweile einen „Gahts no Priis“ verleihen kann. Preisgewinner 2010 ist übrigens ein Kleingastrounternehmer aus Zürich, der einen Kiosk führt und für zwei Tischli vor seinem Laden folgende Auflagen hätte erfüllen sollen: Umzonung des Trottoirs in eine Boulevardzone (ca. 5000.-), mit dem Patent der Kleinwirtschaft wird eine Lüftung nötig (35'000.-), innerhalb des Lokals notabene. Die Tischli wären für ausserhalb gewesen.
Oder aber das Hin und Her um die Tankstellenshops. Das Stadtrichteramt Zürich hat diverse Bussen für Tankstellenshops verhängt. Begründung: Es seien am Sonntag unerlaubterweise Tiefkühlpizzas und andere Dinge verkauft worden, die einem sogenannten Vollsortiment entsprächen und nicht den spezifischen Bedürfnissen Reisender. Der Staat bestimmt also, wer wann was nachts im Tankstellenshop erwerben kann und wer nicht. Reiseproviant ist erlaubt, anderes muss vom Verkaufspersonal nachts speziell abgedeckt werden. Wie steht es mit Hunde- und Katzenfutter? Ist es dann auch Reiseproviant, wenn das Tier mitreist oder nicht? Es kommt zu absurden Fragestellungen.
- In der Politik gibt es auch das Gegenteil von Bürokratisierung: gewichtige Versäumnisse. Zum Beispiel die neu entstandene Lücke in der polizeilichen Fahndung, bei der Überwachung von Chaträumen oder in anderen Fällen. Hier soll die Motion Doris Fiala für Abhilfe schaffen. Doch vorerst bleibt es bei der Ankündigung der Stadtpolizei Zürich, dass verdeckte Ermittlungen im Internet nicht mehr gemacht werden, weil die gesetzliche Grundlage fehlt. „Jetzt müssen wir warten, bis es Opfer gibt“, titelte die NZZ gestern. Der Vorwurf ist nicht der Polizei zu machen. Der Vorwurf ist der Politik zu machen.
- Zu beobachten ist eine zunehmende Polarisierung. Wenn eine Bundesratspartei den Kapitalismus und die Armee abschaffen will, fragt man sich schon, ob die Linke im neu aufgeblasenen Ballon der Träume des Oltner Generalstreikkomitees von 1918 von der Realität ganz entschwebt.

- Politik wird immer mehr zum Marketinginstrument. Es zählt nicht die nachhaltige Lösung, sondern was gerade Mode ist und mehr Wählerprozente verspricht. Und das ist eine gewaltige Herausforderung für eine Partei wie die FDP, die eben nicht dasselbe kopieren kann, weil man etwas anderes von ihr erwartet.
- Politik ist schwieriger geworden, insbesondere für jene, die es vollamtlich tun: Stadträte, Regierungsräte. Hier braucht es Zugpferde, die nach vorne gehen, und nicht Zirkuspferde, die im Kreis herumhüpfen und nach Applaus heischen. Zumindest in dieser Hinsicht bin ich beruhigt. Die FDP hat in Winterthur, Zürich und im Kanton diese Zugpferde. Selbstverständlich sind unsere unzähligen nebenamtlich tätigen Gemeindepräsidenten und Exekutivgemeinderäte eingeschlossen.

Worin liegt aber denn in diesem Umfeld die Aufgabe der FDP? Welche Antworten haben wir darauf?

- Grundsätzlich müssen wir noch näher an die Leute, die Nähe suchen, Sachverhalte und Lösungsansätze erklären, sich nicht vornehm zurückhalten, auf Leserbriefe und Artikel, deren Inhalt wir nicht teilen, Antwort geben, Widerspruch einlegen.

- Missstände bekämpfen wir nicht nur einfach mit politischen Vorstössen, sondern mit Volksinitiativen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene, z. B. für freie Ladenöffnungszeiten, die Stopp-Bürokratieinitiative, die kantonale Volksinitiative zum Abbau von Hürden bei Gebäudesanierungen.

Die kantonalen und die eidgenössischen Parlamentswahlen geben uns die Möglichkeit unsere Leistungen und Forderungen herauszustreichen. Wichtig sind auch die Regierungsratswahlen. Die FDP unterstützt neben den eigenen Kandidaten Ursula Gut und Thomas Heiniger aus Überzeugung Hans Hollenstein, das haben wir Winterthurerinnen und Winterthur ja schon immer getan, und auch die beiden Kandidaten der SVP Markus Kägi und Ernst Stocker.

2011 stehen viele Sachvorlagen an, vor allem auf Kantonebene. Neben der Steuervorlage ist eine für Winterthur besonders wichtig. Am 15. Mai kommt das Finanzausgleichsgesetz zur Abstimmung. Es ist eine sehr technische Vorlage, die aber viele Vorteile hat, unter anderem mehr Eigenverantwortung für die Bezügergemeinden von Finanzausgleich. Der Stadt Winterthur wollte der Regierungsrat 74,9 Mio. jährlich geben, der Kantonsrat hat 86 Mio. beschlossen. Ein Referendumskomitee will diesen Betrag jetzt willkürlich auf 65 Mio. kürzen.

Jene Kreise, die das Referendum ergriffen haben und den Beitrag für Winterthur senken wollen, wollen, dass Sie, sehr verehrte Anwesende, mehr Steuern zahlen. Die Steuern müssten rauf in Winterthur. Wir wollen das nicht. Die FDP ist nicht für Steuererhöhungen.

In diesem Sinne steht uns 2011 ein gerüttelt Mass an Arbeit bevor, wie schon lange nicht mehr. Dass wir das nicht alles selbst erledigen können, liegt auf der Hand. Sie können uns unterstützen in der Verbreitung von Werbemitteln, indem Sie uns Plätze für Plakate zur Verfügung stellen oder wo und wie auch immer. Ich danke Ihnen bereits heute für die Unterstützung.

Ich freue mich, jetzt zu unserem Hauptreferenten überleiten zu können. In den vergangenen Jahren haben wir jeweils Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen bei uns begrüßen dürfen, Regierungsräte aus der Politik, Spitzenleute aus der Verwaltung wie z.B. letztes Jahr Staatssekretär Gerber, aus internationalen Gefilden wie z.B. Stefan Wäspi vom Jugoslawientribunal, den Direktor des Zürcher Zoos oder wer auch immer. Gemeinsam ist diesen Personen, dass sie im Alltag Herausragendes leisten, Verantwortung übernehmen und diese auch tragen, wenn es mal weniger gemütlich ist.

Heute dürfen wir mit Prof. Lütolf einen Spitzenmediziner begrüßen. Prof. Lütolf ist ärztlicher Direktor des Universitätsspitals Zürich und Mitglied des Beirats des Departementes Gesundheit der ZHAW. Die Gesundheitsthematik ist gerade für Winterthur und den Kanton von hoher Bedeutung. Nicht nur wegen des Kantonsspitals und der Diskussion um die Spitzenmedizin am USZ, sondern auch wegen der ZHAW und den Gesundheitsschulen. Winterthur ist zum Cluster Gesundheit geworden, wie man dem im Marketing sagt.

Herr Lütolf, herzlichen Dank, dass Sie heute zu uns sprechen. Sie haben das Wort.